

Deutschland braucht die Abkehr vom Privilegienstaat

Gastkommentar in der Badischen Zeitung vom 21.6.2003

Es kracht im Gebälk. Die Bundesregierung will schädliche staatliche Regulierungen abbauen. Dazu gehört insbesondere auch die Beseitigung von staatlichen Privilegien. Auf diese Weise will sie der Wirtschaft zu mehr Dynamik und damit zu mehr Wachstum verhelfen. Das schafft Arbeitsplätze.

Zuerst wurde eine (wenn auch noch unzureichende) Deregulierung am Arbeitsmarkt angekündigt, dann eine Lockerung des Meisterzwangs im Handwerk. Jetzt will man die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) abschaffen. Denn sie schreibt gesetzlich zwingend bestimmte Preise für bestimmte Leistungen vor. Höhere oder niedrigere Preise sind unzulässig. Der Preiswettbewerb wird so ausgeschaltet. Faktisch sichert die HOAI dadurch beiden Berufsgruppen Mindesthonorare, die der Markt nicht hergäbe.

Inwieweit die Bundesregierung all diese Vorhaben aus Überzeugung angeht oder nur durch den siechen Zustand der Wirtschaft und die hohe Arbeitslosigkeit dazu gezwungen wird, sei dahingestellt. Jedenfalls sind sie allesamt richtig, ja geboten. Sie sind Reformen im Sinne wohlverstandener Ordnungspolitik.

Die Ordnungspolitik genießt heute in der deutschen Bevölkerung lange nicht mehr den Ruf, den sie zur Zeit des Wirtschaftswunders und danach besaß. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt darin, dass viele Menschen sie als einseitig wahrnehmen: Die Forderungen nach ordnungspolitischen Reformen werden oft als Argumente für die Anliegen der Arbeitgeberseite oder der Reicheren aufgefasst.

Diese Vorstellung rührt auch daher, dass Teile dieser gesellschaftlichen Gruppen die Ordnungspolitik immer wieder zur Durchsetzung ihrer Sonderinteressen missbraucht haben, indem sie fadenscheinige Argumente mit dem Deckmantel der Ordnungspolitik versehen, um sich staatliche Privilegien zu verschaffen. So verbreiten derzeit die Kammern der Architekten und Ingenieure allen Ernstes die absurde Behauptung, der staatliche Preisschutz der HOAI sei Voraussetzung für einen intensiven Leistungswettbewerb um die Gunst des Kunden.

Teile der derzeitigen Oppositionsparteien, die sonst ordnungspolitische Reformen auf ihre Fahnen geschrieben haben, schweigen zu derartigem Unsinn, versuchen sogar, solche ordnungspolitisch gebotenen Deregulierungen zu torpedieren – nicht aus Überzeugung, sondern um Wählerstimmen zu gewinnen. So muss Ordnungspolitik in Misskredit geraten. Es schadet ihrer Glaubwürdigkeit, wenn Politiker, die sich als Ordnungspolitiker bezeichnen, die Privilegien der Arbeitnehmer, nicht aber die Privilegien ihrer Wählerschaft im Blick haben.

Die Auffassung, dass Ordnungspolitik auf einem Auge blind sei, widerspricht ihrem eigentlichen Anliegen fundamental. Ordnungspolitik ist die Schaffung und Bewahrung einer Wirtschaftsordnung, in der der Staat *niemanden* privilegiert. Für Walter Eucken war Orientierungspunkt für die Wirtschaftspolitik das Wohl *aller* Bürger. Ludwig Erhard fasste seine Wirtschaftspolitik in einem Buch zusammen, das den Titel „Wohlstand für alle“ trägt.

Wer ordnungspolitisch argumentiert, darf daher die Forderung nach dem Abbau von Privilegien nicht auf die Arbeitnehmer beschränken. Ebenso müssen die Privilegien beseitigt werden, die die besser verdienenden Bürger begünstigen, etwa die Architekten und Ingenieure oder auch die Eigentümer gewerblich vermieteter Immobilien.

Man kann nicht die Abschaffung der Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit fordern und gleichzeitig eintreten für den Erhalt der Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen aus dem Verkauf von gewerblich vermieteten Immobilien.

Eine richtig verstandene Ordnungspolitik geht *alle* staatlich gewährten Privilegien an. Eine solche Ordnungspolitik, die dem „kleinen Mann“ zeigt, dass auch mit den staatlichen Privilegien für die Besserverdienenden aufgeräumt wird, würde ohne Zweifel auf Zustimmung in breiten Schichten der Bevölkerung stoßen.

Von der Politik – Regierung wie Opposition – ist zu fordern, dass Schluss damit ist, die Pfründe ihrer jeweiligen Wählerschichten vor ordnungspolitischen Reformen zu schützen. Im Interesse unseres Gemeinwesens brauchen wir eine „Ordnungspolitik für alle“.

Dr. habil. Lüder Gerken, Vorsitzender des Vorstands der Stiftung für Ordnungspolitik